

Parteitag der SPD Düsseldorf, 24. Juni 2010, Comenius Gymnasium

Wohnen in Düsseldorf



Parteitagsunterlagen in der Fassung der Antragskommission:
Änderungen sind „gelb“ gekennzeichnet.



Parteitag der SPD Düsseldorf

**Donnerstag, 24. Juni 2010, ab 18.30 Uhr
Comenius-Gymnasium,
Hansaallee 90, 40547 Düsseldorf**

Tagesordnung (Vorschlag)

A. Eröffnung und Begrüßung

B. Parteitag der SPD Düsseldorf

1. Wahl der Leitung des Parteitages
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission des Parteitages
3. Wahl der Antragskommission
4. Annahme der Tagesordnung des Parteitages
5. Aktuelles und Anfragen
6. Politische Bewertung der Ergebnisse der Regierungsgespräche in NRW
7. Wohnungspolitik in Düsseldorf
8. Beratung und Beschlussfassung über Anträge
9. Verschiedenes
10. Ende des Parteitages

C. Ende der Veranstaltung 22.00 Uhr



Delegierte bzw. Vertreter/innen zum Parteitag bzw. zur Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung am 6.2.2010 setzt sich aus den von den Ortsvereinen gewählten stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter zusammen. Die Anzahl der auf die Ortsvereine entfallenden Vertreter/innen ergibt sich aus dem Delegiertenschlüssel zum Unterbezirksparteitag.

Ortsverein	Monatsbeiträge gesamt	Anzahl Mitglieder	UBP- Quotient	Delegierte UBP
Düsseldorf-Mitte	1780	148	0,059	9
Angermund	438	37	0,059	2
Benrath	1642	137	0,059	8
Bilk	1198	100	0,059	6
Derendorf-Golzheim	2839	237	0,059	14
Düsseltal-Flingern	2058	172	0,059	10
Düsseldorf-Nord	1109	93	0,059	6
Eller	1515	126	0,059	7
Flingern	824	69	0,059	4
Freiheit	834	70	0,059	4
Freilichtbühne	654	55	0,059	3
Friedrichstadt	1012	84	0,059	5
Garath-Hellerhof	804	67	0,059	4
Garath-Ost	695	58	0,059	3
Grafenberg-Ludenberg	1506	126	0,059	7
Gerresheim-Torfbruch	1071	89	0,059	5
Hassels-Reisholz	720	60	0,059	4
Heerd-Lörick	1162	97	0,059	6
Hennekamp	363	30	0,059	2
Holthausen	668	56	0,059	3
Hubbelrath	198	17	0,059	1
Lierenfeld	762	64	0,059	4
Mörsebroich	578	48	0,059	3
Oberbilk	1053	88	0,059	5
Oberkassel-Niederkassel	1260	105	0,059	6
Rath	1704	142	0,059	8
Tannenhof	765	64	0,059	4
Unterbach	612	51	0,059	3
Unterbilk-Hamm	997	83	0,059	5
Unterrath-Lichtenbroich	774	65	0,059	4
Unterrath-West	917	76	0,059	5
Wersten	1396	116	0,059	7
Wittlaer	582	49	0,059	3
GESAMTERGEBNIS	34490	2874		170

Anschrift
SPD Düsseldorf
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Tel: 0211 - 13622 -126
Fax: 0211 - 13622 - 121
E-Mail: ub.duesseldorf.nrw@spd.de
Internet: www.spd-duesseldorf.de

Bankverbindung
SEB AG Düsseldorf
Kto.-Nr. 102 824 1800
BLZ 300 101 11



Gremienbesetzung (Vorschlag)

Leitung Parteitag/Delegiertenkonferenz

Leitung	Philipp Tacer
stellv .Leitung	Susanne Garn
stellv . Leitung	Norbert Fischer
Schriftführung	N.N.
Schriftführung	N.N.

Mandats- und Zählkommissionen

OV Oberbilk	Bernd Hipfel
OV-Oberkassel-Niederkassel	N.N.
OV-Rath	N.N.
OV-Tannenhof	N.N.
OV-Unterbach	Elke Gessner
OV-Unterbilk-Hamm-Hafen	N.N.

Antragskommission

OV Unterrath-Lichtenbroich	Günter Burghaus
OV Unterrath-West	Peter Rasp
OV Wersten	Roger Krempe
OV Wittlaer	N.N.
OV Mitte	Matthias Herz
OV Angermund	Benjamin Gohlke
OV Benrath	Peter Milles

Antragskommission

UB-Vorstand	Andreas Rimkus
UB-Vorstand	Björn Wörfel
AsF	Bergit Fleckner
AsJ	Christian Weiß
AfA	H.W. Schuster
Jusos	Torge Martens

1 Antrag 1

2 **Antragsteller:** Vorstand der SPD Düsseldorf

3 **Adressat:** SPD Düsseldorf, Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion

4 **Votum der Antragskommission:** **Annahme in der Fassung der Antragskommission**

5 **Sozialdemokratisches Handeln für gutes, preiswertes und sicheres** 6 **Wohnen in Düsseldorf**

7 Der Parteitag der SPD Düsseldorf möge den vorliegenden Antrag beschließen und den UB und
8 seine Gliederungen, die Ratsfraktion, die Landtagsfraktion, die Bundestagsfraktion und die
9 zukünftigen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder im Land und im Bund auffordern die
10 Ziele dieses Antrages zu verwirklichen.

11
12 Düsseldorf gehört mit zu den attraktivsten Großstädten in Deutschland, in der Menschen gerne
13 leben und wohnen möchten. In den vergangenen Jahren sind dementsprechend die Immobilien-
14 und Mietpreise extrem gestiegen und werden nach Expertenmeinung auch noch weiter steigen.
15 Das führt dazu, dass sich viele den Wohnort Düsseldorf nicht mehr leisten können und Wohn-
16 und Arbeitsort trennen: preiswertes Wohnen außerhalb von Düsseldorf, Arbeitsplatz in der
17 Landeshauptstadt. Das belegt, dass eine vorausschauende Wohnungspolitik immer auch eine
18 vernünftige Regionalpolitik umfassen muss. Die Fläche Düsseldorfs ist ebenso begrenzt, wie die
19 noch zur Verfügung stehenden Bebauungsgrundstücke.

20
21 Laut dem aktuellem Wohnungsmarktbericht fehlen in Düsseldorf jährlich ca. 2.500 neu zu
22 errichtende Wohnungen. Die Verwaltung geht von ca. 28.000 fehlenden Wohnungen bis zum
23 Jahr 2020 aus. Zurzeit werden jährlich nur rund 1.000 Wohnungen errichtet, abzüglich der
24 Wohnungen, die durch Abriss, Wohnungszusammenlegungen und Umnutzung verloren gehen.

25
26 Ein weiterer Zuzug muss deshalb mit dem Umland, mit den demografischen Entwicklungen und
27 der Vereinbarkeit von wirtschaftlichem und ökologischem Wachstum stehen. Anders als im
28 Umland geht es in Düsseldorf auch vorrangig um die Modernisierung bestehenden Altbaus und
29 die energetische Gebäudesanierung.

30
31 Immer wieder haben wir kritisiert, dass der soziale Wohnungsbau nicht weiter verfolgt,
32 sondern der Markt für Luxuswohnungen und hochpreisiges Wohnen nach Kräften bedient wird.
33 Wohnen im Hafen oder neue futuristische Wohntürme werden der Versorgung der
34 Düsseldorfer Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum nicht gerecht.

35
36 Die durchschnittliche Kaltmiete liegt in Düsseldorf bei 9 €/m², damit gehört Düsseldorf zu den
37 teuersten deutschen Städten. In der Wohnungssuchkartei des Wohnungsamtes haben sich
38 bereits über 5.000 Familien und Singles aufnehmen lassen.

39 Bereits heute zahlen viele mehr als ein Drittel ihres zur Verfügung stehenden Einkommens für
40 die Miete. Mit Nebenkosten liegen sie bei oftmals 50 % . Damit ist die Miete zu einem der
41 größten Armutsrisiken angewachsen. Schon jetzt beziehen 60.000 Düsseldorferinnen und
42 Düsseldorfer Transferleistungen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und ihre Miete bezahlen
43 zu können.

44
45 ■ Wir fordern deshalb mit Nachdruck, einen alle vier Jahre erscheinenden Armuts- und
46 Reichtumsbericht der Stadtverwaltung ein.

47
48 Mit dem vorliegenden Antrag beschreiben wir prioritäre Weichenstellungen, um gutes,
49 preiswertes und sicheres Wohnen für Alle in Düsseldorf zu ermöglichen.

50

1 **Wohnen ist ein Grundrecht**

2
3 Das Recht auf Wohnen gehört mit zu den elementaren Voraussetzungen für ein
4 menschenwürdiges Leben. Deshalb wurde das Recht auf angemessenes Wohnen auch in
5 Art. 25 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in Art. 11 des UN-Sozialpaktes
6 verankert. In den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (WSK-) Rechten, wird der
7 Zusammenhang von Wohnen und Menschenwürde hergestellt. Auch die Europäische
8 Sozialcharta beschreibt in Art. 16 das Recht auf Wohnen. Dieser Verpflichtung müssen wir vor
9 allem in der Kommunalpolitik mehr Nachdruck verleihen und uns politisch dafür einsetzen, dass
10 auch in Düsseldorf, das Recht auf Wohnen nicht zu einem alleinigen Privileg der
11 Besserverdienenden wird, sondern dass hier alle Bevölkerungsgruppen in der
12 Wohnungsbaupolitik ihre Berücksichtigung finden.

- 13
14 ■ Wir setzen uns auch dafür ein, dass das Recht auf Wohnen auch ein Grundgesetzlich
15 verankertes Recht wird. Preisgünstiger Wohnraum für breite Bevölkerungskreise ist unser
16 Ziel.

17 18 **Eine sozial ausgewogene und nachhaltige Stadtentwicklung**

19 Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss alle Aspekte des Lebens in der Stadt
20 betrachten und die Interessen aller, die in ihr leben und in ihr leben **wollen**, berücksichtigen.
21 Daher wird sie sich mit Stadtteilen, die Erneuerungsbedarf haben, besonders aufmerksam
22 befassen müssen. Soziale Brennpunkte **dürfen sich in Düsseldorf gar nicht erst**, wie in anderen
23 Städten, ausbreiten.

24 Wir lehnen eine scharfe funktionale Trennung zwischen einem Dienstleistungssektor mit viel
25 Geld und eigener Infrastruktur einerseits und einem Schattensektor mit zerfallener Infrastruktur
26 und hoher Arbeitslosigkeit ab. Das gefährdet nicht nur den sozialen Ausgleich, sondern auch
27 den sozialen Zusammenhalt.

28
29 Dazu bedarf es aber eines partizipativen Politikkonzeptes. Nicht die Verwaltung legt vor, lässt
30 beschließen und setzt um, sondern wir setzen auf eine breite Beteiligung mit den örtlichen
31 Initiativen und Vereinen, den Wohnungsbaugesellschaften und vor allem mit der städtischen
32 SWD.

33 34 **Zeitgemäße Wohnformen: Wohnangebote für Jung und Alt**

35
36 Immer mehr Menschen favorisieren im Alter die Stadt als Wohnort. Hier steht ihnen eine
37 bessere Infrastruktur und Versorgung zur Verfügung. Die besten Voraussetzungen für eine allen
38 Generationen rechte und gerechte Stadt schaffen wir durch Hilfen bei der Vorbereitung auf
39 den Ruhestand und das Alter, nicht zuletzt durch eine Stadtplanung, die beim Wohnungsbau, im
40 Wohnumfeld und bei der Verkehrsplanung den demografischen Wandel beachtet.

- 41
42 ■ Wir werden zeitgemäße Wohnformen für Seniorinnen und Senioren fördern. Zusätzlich zu
43 traditionellen Formen des Wohnens, machen wir uns stark für Generationenübergreifendes
44 und für das gemeinschaftliche Wohnen älterer Menschen.
45 ■ Wir werden ein Konzept für ein „Barrierefreies Düsseldorf“ einfordern, damit alle, egal ob
46 jung, alt, gesund oder krank möglichst ohne Hindernisse ihren Alltag gestalten können.
47 ■ Wir wollen das „Europäische Jahr des aktiven Alterns und der generationenübergreifenden
48 Solidarität“ für die Erhöhung der Lebensqualität für Seniorinnen und Senioren nutzen, um
49 den altersgerechten Strukturwandel zu erreichen.

50 51 **Aktive Kommune: Gute und preiswerte Wohnungen**

52
53 Wir wollen den sozialen Wohnungsbau fördern. Die städtische Verwaltung muss mit der
54 Düsseldorfer Wohnungswirtschaft bis zum Jahr 2020 jährlich durchschnittlich 2.500 Wohnungen
55 zusätzlich errichten. Von diesen 2.500 Wohneinheiten sollen 1/3 in Eigentum
56 (Einfamilienhäuser und/oder Eigentumswohnungen), 1/3 frei finanzierter

1 Geschosswohnungsbau und 1/3 öffentlich geförderter Wohnungsbau unterschiedlicher
2 Förderstufen errichtet werden.

3
4 Kommunale Wohnungsunternehmen sind unverzichtbar. Projekte der Stadtentwicklung und
5 Stadterneuerung können häufig nur mit öffentlichen Unternehmen umgesetzt werden. Dabei hat
6 auch der genossenschaftlich getragene Wohnungsbau seinen Platz.

7
8 ■ Wir fordern, dass die städtische Wohnungsgesellschaft durch eine ausreichende
9 Finanzierung in die Lage versetzt wird, jährlich mindestens 100 Wohnungen neu zu bauen.

10 **Wohnquartiere zum Wohnen und Erholen: Grünflächen für höhere Lebensqualität**

11
12
13 Menschen brauchen nicht nur Raum zum Wohnen und Räume zum Arbeiten, sondern auch Platz
14 zur Erholung. Parks, Spiel- und Bolzplätze, Wälder und Grünflächen. Sie spielen für die
15 Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle.

16
17 ■ Deshalb setzen wir uns auch besonders für den Bestand und den Erhalt der Düsseldorfer
18 Kleingartenanlagen ein. Sie sind für uns alle Erholungsorte und ein unverzichtbares Gut in
19 unserer Stadt.

20 **Ökologie und Wohnen**

21
22
23 Das Bauen und Wohnen der Zukunft, muss bereits heute ganz andere Anforderungen an
24 ökologisches Bauen, effektiveren Einsatz nachhaltiger Energien und Ressourcenschutz umfassen.
25 Ökologie und Bauen darf nicht nebeneinander, sondern nur miteinander gedacht werden. Der
26 Schutz von Mensch und Natur steht für uns im Mittelpunkt.

27
28 ■ Wir wollen wie andere Städte die Einführung eines ökologischen Mietspiegels prüfen. Mit
29 dem Zuschlagsmerkmal „gute wärmetechnische Beschaffenheit“ werden Kosten und Nutzen
30 von Energiesparmaßnahmen an Gebäudehülle und Heizungsanlage gerechter zwischen
31 Mietern und Vermietern aufgeteilt. Energiesparende Maßnahmen werden „nachhaltig“, d.h.
32 ökonomisch vorteilhaft für den Investor, sozial ausgewogen für den Mieter und sind
33 ökologisch sinnvoll.

34
35 ■ Wir setzen uns ein für die Reduzierung der Feinstaubbelastung, die gezielte Förderung von
36 Baumpflanzungen und Begrünung und für effektiven Lärmschutz

37 **Wohnungspolitik in den Stadtbezirken**

38
39
40 Menschen leben nicht einfach nur in Düsseldorf. Zuerst sind sie tief verwurzelt in ihrem
41 Stadtbezirk. Sie sind Garather oder Kaiserswerther. Diesen Stadtteilbezug wollen wir stärker
42 aufgreifen und die Wohnungspolitik in den Stadtteilzentren stärken.

43
44 ■ Wir wollen in allen Stadtteilen einen guten Mix aus Gewerbe und Wohnraum. Eine
45 Verödung von Stadtteilen, die großflächig mit Bürobauten verbaut werden, lehnen wir ab

46
47 ■ Wir wollen Stadtquartiere entwickeln und nicht abschreiben

48
49 ■ Wir setzen uns in infrastrukturell schwachen und sozial benachteiligten Punkten Düsseldorfs
50 für integrierte Handlungskonzepte in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren ein. Für
51 Hassels-Nord fordern wir **beispielsweise** dies gemeinsam mit dem Mieterverein und der
52 Diakonie ein.

53
54 ■ Die SPD Düsseldorf **wird durch geeignete Maßnahmen der Gentrifizierung einzelner**
55 **Stadtviertel in Düsseldorf entgegen wirken.** Statt einkommensschwache Anwohner durch
56 Anstieg der Mietpreise zum Umzug zu zwingen, möchten wir gerade in jenen Stadtteilen die

1 Lebensbedingungen und die Wohninfrastruktur durch eine nachhaltige Sozial- und
2 Wohnbaupolitik verbessern.

3 4 **Wohnungsbau als Bundes- und Landesaufgabe**

5
6 Kommunen können alleine nicht alles leisten, sondern sind auf Förderprogramme der
7 Europäischen Union, des Bundes und des Land Nordrhein-Westfalen angewiesen.

8
9 ■ Die NRW-Landesregierung fordern wir auf, dass sie sich dafür einsetzt, dass die NRW-
10 Förderbank mindestens 1 Mrd. Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung
11 stellt.

12
13 ■ Darüber hinaus brauchen wir ein Förderprogramm mit einer Finanzausstattung von min. 400
14 – 500 Mio. Euro/Jahr zum Umbau des vorhandenen Wohnungsbestandes mit Standards für
15 altersgerechtes und barrierefreiem Wohnen sowie Maßnahmen der Energieeinsparung. Bis
16 zum Jahre 2025 muss etwa 1/3 des Wohnungsbestandes für die sich aus dem
17 demographischen Wandel ergebenden Anforderungen umgebaut und modernisiert werden.

18
19 ■ Wir setzen uns für eine deutliche Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für
20 den freifinanzierten und öffentlich geförderten Mietwohnungsbau ein. Diese stellen
21 gegenwärtig das entscheidende Investitionshemmnis für ein finanzielles Engagement im
22 Wohnungsbau und die Aktivierung von privatem Kapital dar.

23 24 **Europäisches Parlament setzt neue Maßstäbe**

25
26 Die in Mai 2010 vom Europäischen Parlament verabschiedete Richtlinie zur Energieeffizienz
27 von Gebäuden ist ein richtiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Nach der Richtlinie
28 soll der Energiebedarf aller neu gebauten Gebäude ab dem Jahr 2020 bei Null liegen
29 (Passivenergiehäuser). Ein darüber liegender Energiebedarf soll aus erneuerbaren Energien
30 gedeckt werden. Für öffentliche Gebäude gilt dies bereits ab 2018. Auch bei größeren
31 Renovierungen müssen die neuen Anforderungen berücksichtigt werden. Innerhalb der EU
32 werden durch die Maßnahme Energieeinsparungen von bis zu 6 Prozent und eine Senkung der
33 CO₂-Emissionen um die fünf Prozent erwartet.

34
35 Verpflichtend wird außerdem ein Energieausweis für Gebäude, in dem die Energieeffizienz
36 eines Hauses hervorgehen muss. Dies gilt dann auch für Wohnungsanzeigen, so dass
37 Verbraucher/innen unmittelbar ihren Strom- und Energiebedarf für eine neue Wohnung
38 einkalkulieren können. Mit dieser Entscheidung hat die EU sich und den Mitgliedstaaten ein
39 ehrgeiziges, aber dennoch richtiges Ziel gesetzt. Jetzt wird es darauf ankommen, diese
40 Vorschriften zügig in nationales Recht umzusetzen und entsprechende Finanzierungshilfen
41 sicherzustellen. Hier sind sowohl die EU-Kommission wie auch die Bundesregierung gefordert.
42 Die bereits heute über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zur Verfügung
43 stehenden Mittel werden zurzeit nicht vollständig abgerufen. Das muss sich ändern.

44
45 **Die Stärkung der Innenstädte und benachteiligter Stadtquartiere sind Schwerpunkte**
46 **sozialdemokratischer integrierter Stadtpolitik. Daher ist Stadtentwicklung für uns auch nicht**
47 **nur Bau- und Wohnungspolitik. Zukunftsfähige Stadtpolitik muss auch auf die Sorge der**
48 **Menschen um soziale Sicherheit eingehen, den Arbeitsplatz und die Bildung der Kinder**
49 **berücksichtigen und Zuwanderer integrieren.**

50 **Die SPD hat in ihrer Regierungszeit im Bund dazu 1999 das Programm „Soziale Stadt“**
51 **aufgelegt. Bis zum Jahr 2009 wurden knapp 800 Millionen Euro an Finanzhilfen zur**
52 **Verfügung gestellt.**

53 **Daran wollen wir weiter anknüpfen.**

1 **Änderungsantrag 1**

2 Antragssteller: OV Gerresheim-Torfbruch

3 **Adressat:** UB-Vorstand

4 **Votum der Antragskommission:** **Übernahme mit Änderungen durch den Antragssteller**

5 **Experten-Hearing**

6 **Änderungsantrag zum Antrag 1 Sozialdemokratisches Handeln für gutes, preiswertes und**
7 **sicheres Wohnen in Düsseldorf**

8
9

10 Die SPD Düsseldorf führt ein breit angelegtes Expertenhearing durch. Es soll dazu dienen,
11 Akteure in der Wohnungspolitik in den Diskussionsprozess einzubeziehen und ein
12 Handlungskonzept für die Kommune sowie für die Landes- und Bundespolitik zu erarbeiten.

13

14 Teilnehmer des Hearings könnten unter anderem sein: Vertreter des Mietervereins, der
15 Düsseldorf Wohnungsunternehmen, des Vereins Haus- und Grund, der Immobilienmakler, der
16 Kreditwirtschaft, des Wohnungsamtes sowie Bewohner von neuen Wohnformen (z.B. Wohnen
17 mit Kindern e.V., Wohnen in Gemeinschaft e.V. u.a.).

18

1 **Antrag 2**

2 **Antragssteller:** OV Unterbilk- Hamm, Hafen und Bilk

3 **Adressat:** Ratsfraktion

4 **Votum der Antragskommission:** **Annahme**

5 **Masterplan Seniorenpolitik**

6 Die SPD Ratsfraktion fordert die Verwaltung auf, einen Masterplan Seniorenpolitik zu
7 entwickeln. Inhalt des Masterplans soll die Schaffung von Anreizen für Wohnungsvermieter sein,
8 ihre Häuser mobilitätsgerecht umzubauen, um so Mehrgenerationenwohnen zu fördern und die
9 Vernetzung für längeres eigenständiges Wohnen zu schaffen.

10

11 Der Masterplan muss über ein Konzept verfügen, das die notwendigen Änderungen der
12 Wohninfrastruktur aller Seniorinnen und Senioren, verbessert. Zu diesen gehören, neben den
13 deutschsprachigen Seniorinnen und Senioren, ebenfalls ältere Migrantinnen und Migranten
14 sowie ältere Schwulen und Lesben. Auch sollte dieser Masterplan eine seniorengerechte
15 Umgestaltung des öffentlichen Raumes und des kulturellen Lebens umfassen. Dazu gehören den
16 ÖPNV und die Straßenüberwege entsprechend mobilitätsgerecht so zu gestalten und den
17 öffentlichen Raum, z.B. durch Bestuhlung, eine Aufenthaltsqualität für Senioren zu erschaffen.

18

19 Es müssen Einkaufsmöglichkeiten zentral vorhanden sein oder ein Lieferservice ermöglicht
20 werden. Ebenso müssen generationsübergreifende Kultur- und Freizeiteinrichtungen entwickelt
21 werden, die auch die Kommunikation zwischen den Generationen stärkt und den Senioren die
22 aktive Einbindung in die Gesellschaft ermöglicht.

23

24

25 **Begründung**

26 2012 ist das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der generationsübergreifenden
27 Solidarität. Das Thema mobilitätsgerechtes Wohnen muss jetzt im Rahmen des demografischen
28 Wandels in Angriff genommen werden. Es bestehen Synergieeffekte mit der derzeitigen
29 Förderung des energieeffizienten Sanierens von Mietshäusern. Die Stärkung der Infrastruktur in
30 einkommensschwachen Gebieten, in denen auch eine Vielzahl der älteren Migrantinnen und
31 Migranten leben, ist ein wichtiger Aspekt, der umgesetzt werden muss.

32

33 Der mobilitätsgerechte Wohnungsbau allein ermöglicht nicht ein längerfristiges eigenständiges
34 Wohnen, hier für müssen auch die Zustände im ÖPNV und im Straßenraum verändert werden.
35 Eine seniorengerechte Versorgung mit den Dingen des täglichen Lebens und Freizeit- und
36 Kulturmöglichkeiten im Sinne des aktiven Alterns und der intergenerationellen Kommunikation
37 sollten durch diesen Masterplan ermöglicht werden. Diese Maßnahmen kommen auch Kindern
38 und Behinderten zu gute.

39

1 **Antrag 3**

2 **Antragssteller:** OV Unterbilk- Hamm, Hafen und Bilk

3 **Adressat:** Ratsfraktion und SPD Düsseldorf

4 **Votum der Antragskommission:** **Annahme**

5 **Wohnen im Hafen**

6 Die SPD Düsseldorf bekräftigt ihre Haltung zum Wohnen im Hafen. Weitere Planungen für
7 Wohnbauten im Gebiet des Wirtschaftshafens lehnen wir ab.

8

9 **Begründung:**

10 Der Wirtschaftshafen ist ein wichtiger Industrie und Logistikstandort unserer Stadt. Die
11 Vermehrung des Warenverkehrs in absehbarer Zukunft wird die Bedeutung des Gebietes noch
12 steigern. Dort Wohnbebauung zuzulassen bedeutet zukünftige Konflikte zwischen berechtigten
13 Interessen der Wohnungsinhaber mit den wirtschaftlichen Interessen der Betriebe
14 heraufzubeschwören. Ein Bestandsschutz für die Industrie reicht nicht aus, da Erweiterungen und
15 Veränderungen den Bewohnern die Möglichkeit zu Einsprüchen und Klagen eröffnen würden.
16 Den Hafen, seine Betriebe und mögliche zukünftige Anwohner in eine ähnliche Situation wie am
17 Flughafen zu bringen wäre sträflich kurzfristig.

18

1 **Antrag 4**

2 **Antragssteller:** OV Benrath - Urdenbach

3 **Adressat:** SPD Düsseldorf

4 **Votum der Antragskommission:** **Annahme, aber abgestimmt mit UBA und den anderen laufenden**
5 **Aktivitäten.**

6

7 **Zukunftswerkstatt Arbeit - Innovation - Umwelt der Düsseldorfer SPD**

8 Die Bundespartei hat thematische Zukunftswerkstätten außerhalb der klassischen Parteigremien
9 eingerichtet, um in der gemeinsamen Diskussion mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen
10 innovative soziale Schwerpunkte inhaltlicher Art zu diskutieren und für die sozialdemokratische
11 Zukunftspolitik festzulegen. Der UB Düsseldorf soll sich mit einer eigenen regionalen
12 Zukunftswerkstatt „Arbeit – Innovation – Umwelt“ in diesen Gesamtprozess einbringen.

13

14 Der Parteitag möge folgenden Beschluss fassen:

15

16 1. Der UB Düsseldorf bekennt sich zu seinem Beschluss, zukunftsorientierte Themen inhaltlich
17 aufzuarbeiten. Er unterstützt aktiv die Initiative der Bundespartei, Zukunftswerkstätten zu
18 verschiedenen Themen durchzuführen. Als Unterbezirk in der Landeshauptstadt von
19 Nordrhein – Westfalen möchte sich der UB Düsseldorf aktuell mit wirtschaftspolitischen
20 Fragestellungen der Zukunft auseinandersetzen.

21

22 2. Der Unterbezirksparteitag beschließt die Einsetzung einer „Zukunftswerkstatt Arbeit –
23 Innovation –Umwelt“ auf der Ebene des UB Düsseldorf. Diese Zukunftswerkstatt soll im
24 Dialog mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen über Zukunftsfragen der
25 Wirtschaftspolitik beraten, UB-Parteitage in Düsseldorf zu dieser Thematik inhaltlich
26 vorbereiten und den UB Düsseldorf in die Gesamtdebatte der Bundes- und Landespartei
27 einbringen.

28

29 3. Ziel der „Zukunftswerkstatt Arbeit – Innovation –Umwelt“ im UB Düsseldorf soll unter
30 anderem sein:

31

32 a. Politisierung der Wirtschaftsdebatten für eine Vision der lokalen, nationalen und
33 europäischen Wirtschaftsentwicklung mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen im
34 Großraum Düsseldorf.

35

36 b. Herstellung des Bezugs der lokalen Wirtschafts- und Industriepolitik mit der
37 Wirtschaftspolitik in Europa, dem Bund und dem Land.

38

39 c. Anforderungen an die Wirtschaftspolitiken von Land, Bund und EU.

40

41 d. Lokale und regionale Forderungen in ein wirtschaftspolitisches Grundkonzept der SPD -
42 Bundespartei einzubringen. (Hinweis: Der SPD - Bundesparteitag 2011 soll ein
43 sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm verabschieden.)

44

45 4. Zur inhaltlichen Planung und Durchführung der Zukunftswerkstatt richtet der UB Düsseldorf
46 einen "Arbeitskreis für Wirtschafts-, Innovations- und Umweltpolitik" ein. Folgende
47 Parteigliederungen entsenden Vertreter in den Arbeitskreis: Unterbezirksvorstand,
48 Unterbezirksausschuss, Ratsfraktion, AGS, AfA. Daneben arbeiten interessierter
49 Parteimitglieder mit. Der Arbeitskreis bestimmt seine Leitung aus seiner Mitte. Die
50 Geschäftsstelle des UB Düsseldorf ist verantwortlich für die Organisation und die
51 Einladungen zu den Foren. Der UB Düsseldorf beantragt einen Zuschuss bei der
52 Bundespartei (Frist: August 2010).

53

- 1 5. In die Arbeit der „Zukunftswerkstatt Arbeit – Innovation –Umwelt“ soll Vertreterinnen und
2 Vertreter gesellschaftlicher Gruppen einbezogen werden, insbesondere:
3
4 - Private Wirtschaft, Unternehmensvertreter, Mittelständler, Freiberufler
5 - Vertreter Kommunalwirtschaft
6 - Vertreter Finanzinstitute
7 - Lokale Wirtschaftsförderung, Vertreter Wirtschaftsnetzwerke,
8 - Gewerkschaften,
9 - Ökonomen und Experten in den Bereichen Finanzen und Europa von Universitäten,
10 Fachhochschulen und Forschungsinstituten.
11
12 6. Der Arbeitskreis legt bis Juni 2011 einen Bericht an den Unterbezirksvorstand und an den
13 Unterbezirksparteitag vor. Ein UB – Parteitag im Jahr 2011 wird sich mit den
14 Fragestellungen zukunftsgerichteter sozialdemokratischer Wirtschafts-, Innovations- und
15 Umweltpolitik befassen.
16

17 **Begründung**

18 Die aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise entstandenen Probleme betreffen auch den
19 Wirtschafts- und Finanzstandort der Landeshauptstadt und des Großraums Düsseldorf. Der
20 Unterbezirk Düsseldorf sollte sich daher in die aktuelle Debatte einbringen und bei der
21 Formulierung eines sozialdemokratischen Leitbilds für eine gerechtere Finanz- und
22 Wirtschaftspolitik mitwirken.

23